

Pressemitteilung

100 000 Unterschriften gegen Stellenabbau in der Pflege

Schon jetzt haben mehr als 100 000 Menschen mit ihrer Unterschrift die bundesweite Protestkampagne „Uns reicht’s“ unterstützt. Die Berufsgruppe der Kranken- und Altenpfleger protestiert damit gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und einen drohenden Pflegekollaps.

Berlin, den 12. Februar 2008

Ziel der vom Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) e. V. und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Ende 2007 gestarteten Kampagne „Uns reicht’s“ (www.pflege-uns-reichths.de) ist es, die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern gegen die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der deutschen Pflege und für eine Verbesserung der Betreuungssituation von pflegebedürftigen Menschen. Die bis zum Abschluss der Kampagne Ende März gesammelten Unterschriften sollen der Bundeskanzlerin übergeben werden.

„Angela Merkel muss die Pflege zur Chefsache machen“, sagte Franz Wagner, Bundesgeschäftsführer des DBfK e.V., heute in Berlin. „Wenn sich an den herrschenden Rahmenbedingungen in den Pflegeberufen nicht bald etwas ändert, steuert Deutschland geradewegs in den Pflegekollaps.“ Auch Ellen Paschke vom ver.di-Bundesvorstand warnt: „Wenn wir heute nicht Alarm schlagen, werden wir in Deutschland morgen keine qualitativ ausreichende Pflege mehr haben!“

„Pflegekräfte in Krankenhäusern, stationärer Altenhilfe und ambulanter Pflege müssen zu viele Patienten gleichzeitig versorgen. Hohe Risiken für Patienten und Bewohner, Versorgungsdefizite und fehlende Zeit für Zuwendung sind die Folgen. Diejenigen, die Kranke und Hilfebedürftige pflegen sollen, werden selbst krank durch ständige Überlastung. Befristete Arbeitsverträge, schlechte Bezahlung und mangelnde Anerkennung demotivieren zusätzlich und lassen die Pflege zu einer der unattraktivsten Branchen für Schulabgänger werden. Für die künftige Gesundheitsversorgung der deutschen Bevölkerung ist das ein Alarmsignal. Die Ursache der Krise liegt in einem jahrelangen Arbeitsplatzabbau bei wachsenden Patientenzahlen und einem Anstieg pflegeintensiver Erkrankungen“, machten Wagner und Paschke deutlich.

Weitere Informationen:

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.

Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel. 030/219 157 0, Fax 030/219 157 77

dbfk@dbfk.de www.dbfk.de

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Bundesverwaltung - Fachbereich 3: Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen

Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Tel. 030/69 56 18 30, Fax 030/69 56 31 41

gerd.dielmann@verdi.de www.verdi.de

www.pflege-uns-reichths.de